

**Absender
Bündnis 90/DIE
GRÜNEN**

Drucksachen-Nr.

0311/2017

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

zur Sitzung:

**Gemeinsame Sitzung des Flächennutzungsausschusses und des Stadtentwicklungs-
und Planungsausschusses am 04.07.2017**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 13.06.2017 auf
Ortsbesichtigung vor Entscheidungen zum FNP**

Inhalt:

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantrag mit ihrem Schreiben vom 13.06.2017 „den nun vorliegenden Entwurf des Flächennutzungsplans mit allen Bürgerinitiativen und weiteren interessierten Bürgerinnen und Bürgern **vor Ort** zu diskutieren, bevor es zu einer Entscheidung kommt.“ Die begründet die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN damit, dass sich der Flächennutzungsplan nicht ohne Kenntnis der örtlichen Gegebenheiten beschließen lasse.

Vor Aufnahme der Flächen in den Vorentwurf des Flächennutzungsplans wurden alle Flächen von der Verwaltung vor Ort angesehen. Auch hatte die Politik seit September letzten Jahres Zeit, sich einen Eindruck vor Ort zu verschaffen und mit den Bürgerinitiativen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen. Dies haben die Fraktionen gemacht, wie der Verwaltung mitgeteilt wurde.

Die Verwaltung wiederum hat durch die Informationsstände auf den Märkten, den Bürgergesprächen in den Stadtbezirken, durch die Eingaben zur frühzeitigen Beteiligung und durch das am 05.04.2017 stattgefundene Gespräch mit den Bürgerinitiativen ebenfalls die

Sichtweise der Bürgerinnen und Bürger erfahren.

Somit sind bereits diverse Diskussionen geführt worden und die verschiedenen Sichtweisen hinreichend bekannt. Durch die nun eingebrachte Vorlage (Drucksachen-Nummer 0196/2017) werden die Stellungnahmen zusammenfassend dargelegt, sodass sich die Politik, als gewählte Vertreter der Bürgerschaft, eine Meinung zu den Flächen bilden kann.

Allein rein organisatorisch scheint es nicht möglich, mit allen Bürgerinitiativen, Bürgerinnen und Bürgern, Politikerinnen und Politikern und Verwaltung vor Ort zu reden.

Auch stellt der Flächennutzungsplan die gesamtstädtische Entwicklungsabsicht für die nächsten 15 bis 20 Jahre dar. Bei jeder Fläche gibt es Betroffenheiten, die im Kontext mit den gesamtstädtischen Interessen gesehen werden müssen. Diese Betroffenheiten vor Ort mit allen Beteiligten zu diskutieren, wird die Aufgabe eine gesamtstädtische Entscheidung zu treffen, nicht erleichtern.

Die Bürgerinnen und Bürger werden von der Verwaltung erneut beteiligt, wenn für die Flächen Bebauungspläne aufgestellt werden sollen. Zu dem Zeitpunkt ist es einfacher über eine Fläche im Detail zu sprechen, gemeinsame Lösungen zu suchen und individuelle Interessen zu berücksichtigen, weil bereits erste Ideen oder Entwürfe für eine Bebauung vorliegen.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Antrag abzulehnen.